

HENRY JACKSON IN PEKING: NEUE HOFFNUNGEN AUF "GEMEINSAME INTERESSEN IM PAZIFIK UND IN DER WELT"?

Rüdiger Machetzki

Anfang Juli stattet der Demokratische US-Senator Henry Jackson der VR China einen offiziellen, einwöchigen Besuch ab. Jackson — Mitglied des Armed Services Committee des Senats — gilt als einer der aussichtsreichsten Bewerber der Demokratischen Partei um die Präsidentschaftskandidatur 1976. Er wird zudem weithin als einer der Hauptgegner der gegenwärtigen amerikanischen Außenpolitik angesehen. Insbesondere übte er Kritik an der "unechten Entspannung" mit der Sowjetunion, die seiner Meinung nach durch alleinige Nachteile der USA erkaufte worden sei. Nicht nur sei die militärische Position Amerikas geschwächt worden, auch im beiderseitigen Außenhandelsgeschäft wären unzumutbare Konzessionen gemacht worden. So haben u.a. die Weizenverkäufe von 1972 zu Preissteigerungen in den USA selbst geführt, und die amerikanische Import-Export-Bank habe der Sowjetunion unverantwortliche Kredite zur Erschließung Sibiriens gewährt, die mit einem Zinssatz von sechs Prozent weit unter dem inneramerikanischen Niveau von elf Prozent liegen. Jackson ist weiterhin ein entschiedener Gegner der Meistbegünstigungsklausel im Außenhandel mit der Sowjetunion. Die Gewährung der Meistbegünstigung sollte seiner Meinung nach u.a. von der Auswanderungspolitik der Sowjetunion gegenüber Israel abhängig gemacht werden.

Unter diesen Umständen ist es nicht weiter verwunderlich, wenn die chinesische Regierung Jackson ausgerechnet zu dem Zeitpunkt in Peking empfing, als der bisherige Präsident der USA, Richard Nixon zu seinem zweiten Gipfeltreffen in Moskau weilte. Wegen des zeitlichen Zusammenfalls wurde der Aufenthalt Jacksons in China daher auch als "Gegengipfel" apostrophiert. Die "Gipfelgespräche" wurden auf chinesischer Seite vor allem vom stellvertretenden Ministerpräsidenten Teng Hsiao-p'ing und dem stellvertretenden Außenminister Chiao Kuan-hua geführt. Ferner fand ein bemerkenswertes Zusammentreffen mit dem Ministerpräsidenten Chou En-lai statt, der sich wegen eines erlittenen Herzinfarktes in einem Peking Hospital aufhielt. Der ausgedehnte politische Meinungsaustausch wurde nur durch einen Besuch Shanghais unterbrochen sowie durch eine Fahrt nach Sü-chou, dem Geburtsort von Henry Jacksons Schwiegermutter. Daß der Senator den Gesprächen mehr als bloßen wahlpolitischen Wert beigemessen hat, zeigte auch die Tatsache, daß sich unter seiner kleinen, zehnköpfigen Begleitung zwei Chinafachleute vom Range eines Dwight H. Perkins und Lucian Pye befanden.

Das Fazit des "sehr nützlichen und offenen Meinungsaustausches" war nach des Senators eigenen Aussagen, daß die Hoffnungen für eine weitere sino-amerikanische Détente relativ günstig wären; denn zum einen sei der sino-sowjetische Bruch weiter als je zuvor und zum anderen habe sich eine "Interessenparallelität" zwischen der VR China und den USA herausgeschält, in deren Rahmen u.a. der beiderseitige Handel einen der "Schlüsselpunkte" darstelle.

Jackson stellte deshalb zwei politische Forderungen für die amerikanische Außenpolitik auf. Erstens, die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zu China und — parallel zu Japan — die Abwertung der jetzigen US-Botschaft in Taipei zu einem "Verbindungsbüro". Zweitens, die Gewährung solcher außenhandelspolitischer Bedingungen, die die amerikanische Regierung fälschlicherweise der Sowjetunion zukommen ließe bzw. lassen wollte. Die Ergebnisse des Nixon-Gipfels in Moskau wertete Jackson noch auf dem Peking Flughafen voller Skepsis und negativer Zurückhaltung.

Jackson hat sich also als Repräsentant einer alternativen amerikanischen Weltpolitik ausgewiesen, auf deren Realisierung die Befürworter einer "proamerikanischen" Öffnung in China seit langem gehofft haben mögen. Insbesondere die Begleitumstände des Treffens zwischen Chou En-lai und dem Senator deuten darauf hin, daß Henry Jacksons Besuch unter Umständen ein Markierungspunkt war, durch den die Protagonisten der Öffnung die Gültigkeit ihrer "proamerikanischen" Argumente unter veränderten innenpolitischen Vorzeichen erneut nachweisen wollten. Ihre Ausgangsposition schien durch die Entwicklung des amerikanisch-chinesischen Verhältnisses während der letzten Zeit geschwächt worden zu sein.

Zu Beginn der amerikanisch-chinesischen Wiederannäherung 1971-72 hatte US-Präsident Nixon wiederholt auf die "gemeinsamen Interessen beider Länder im Pazifik und in der Welt" hingewiesen, so auch im Shanghaier Kommuniqué vom Februar 1972. Die Interessengemeinsamkeit war jedoch niemals genauer definiert worden als mit der Formel: "Andauernder Frieden und normale Beziehungen zwischen allen Ländern in Asien". Eine solche Formel entspricht eher den unmittelbaren Vorstellungen der Vereinigten Staaten als den Möglichkeiten der "Regionalmacht" China. Die USA konnten sich aus dem militärischen Indochina-Konflikt lösen und ihre transpazifische Präsenz mit mehr Bewegungsfreiraum gestalten. Im Gegenzug eröffnete sich der VR China die scheinbare Möglichkeit, sich im östlichen Asien "normal" zu etablieren. Die USA gaben eine "Containment-

Politik" auf, deren Ziele sie nicht mehr verwirklichen konnten. Umgekehrt hat China seine formalen Beziehungen zu vielen Staaten der Welt zwar "normalisieren" und seinen Einfluß auf dem weltpolitischen Forum der UN steigern können, aber das Verhältnis zu den eigenen Anrainerstaaen ist nach wie vor ungerecht. Sicherlich, die Regierung der Volksrepublik ist weithin als die "einzig legale Regierung Chinas" anerkannt, und Länder wie Japan haben "Verständnis und Achtung" gegenüber der chinesischen Taiwanhaltung ausgedrückt, aber das diplomatisch-politische Verhältnis zu Indonesien, Bangla Desh, Malaysia, Singapore, Thailand und den Philippinen ist nach wie vor ungeklärt, ganz zu schweigen von Südvietnam und Südkorea. Trotz der formalen Normalisierung der japanisch-chinesischen Beziehungen und trotz des beiderseitigen Außenhandelswachstums seit dem Tanaka-Besuch im September 1972 (1) hat sich an der häufig zitierten potentiellen Rivalität beider Länder wenig geändert. Japans Außenpolitik ist auf einem labilen Balance-Kurs zwischen der VR China, der Sowjetunion und den USA ausgerichtet (2). Möglicherweise werden sich die Länder SO-Asiens ihrerseits darum bemühen, einen ähnlichen Ausgleich zu bewirken, indem Japan stärker in das regionale Kräftediagramm einbezogen wird. Die Wiederaufnahme historischer Tributzahlungen in moderner politischer Form an China scheint nur der letzte Ausweg zu sein, den SO-Asien gehen möchte. Vorerst sind die Anstrengungen der verschiedenen Länder auf einen unabhängigeren modus vivendi ausgerichtet. Ein Beispiel hierfür bietet Malaysias Plan einer neutralistischen Friedenszone SO-Asien, dem allerdings z.B. Singapores realpolitische Vorstellungen eines Kräftespiels aller großen Mächte entgegenstehen, um die Dominanz einer einzigen "Fremdmacht" zu verhindern. In diesem Zusammenhang mag auch die Präsenz der Supermacht Sowjetunion und ihr Konzept eines kollektiven asiatischen Sicherheitssystems bewertet werden (3).

Wie auch immer sich die regionale Situation in den folgenden Jahren entwickeln mag, aus chinesischer Sicht müssen die bisherigen Ergebnisse der sino-amerikanischen Détente enttäuschend wirken. Es ist der VR China (noch) nicht gelungen, in das von den USA hinterlassene Teilvakuum hineinzugleiten. Eine langgezogene Interessenkollision mit Japan und den USA kann kaum als ein positives Ergebnis gewertet werden. Noch beunruhigender muß in chinesischen Augen die Befürchtung sein, die Sowjetunion könnte die Nachfolgerrolle der USA übernehmen und einen antichinesischen cordon sanitaire von Indien bis Japan meistern, dessen Umriss aus der kollektiven asiatischen Sicherheitsoffensive Moskaus herauszuschimmern scheinen.

Noch unbefriedigender muß der chinesischen Führung die Lösung der "nationalen Frage Taiwan" erscheinen. Einer der Schlüsselpunkte des Shanghaier Kommuniqués war die unausgesprochene Anerkennung des chinesischen Anspruchs durch die USA, wonach "die Befreiung Taiwans eine innere chinesische Angelegenheit sei ... und alle US-Streitkräfte aus Taiwan abgezogen werden sollten". Während der letzten Monate hatten chinesische Sprecher

— so u.a. Chou En-lai gegenüber dem algerischen Staatschef Boumediene (4) — des öfteren ihre "Enttäuschung" darüber erwähnt, daß die USA die Zusagen des Shanghaier Kommuniqués zu zögernd verwirklichten. Zwar wurden z.B. 1973 2000 US-Soldaten aus Taiwan abgezogen. Es handelte sich dabei jedoch um ehemalige Nachschubeinheiten für Vietnam. Die 6000 Mann "regulären" Einheiten sind nach wie vor dort stationiert. Wichtiger noch erscheint die ständige Festigung der ökonomischen Bindungen. So erreichte der beiderseitige Handel 1973 die Höhe von rund drei Milliarden US-Dollar, also das Zehnfache des gleichzeitigen amerikanischen Handels mit der Volksrepublik (6). Als formeller Ausdruck der allgemeinen Abkühlung zwischen Peking und Moskau kann auch die längere Abwesenheit der jeweiligen Chiefs der Verbindungsbüros gewertet werden. Zwar lassen offizielle Erklärungen Krankheitsgründe bzw. politische Berichterstattung verlauten, aber es mag sich sehr wohl um "diplomatische" Erklärungen handeln (7).

Der dritte amerikanisch-chinesische Problembereich scheint nach Aussagen Chou En-lais die Entwicklung in Kambodscha zu sein. Die Volksrepublik hat betont, daß sie eine "laotische" Lösung anstrebe, in deren Rahmen auch die nationalen Kräfte um Prinz Sihanouk eine Rolle spielen sollten. Abgesehen von der Tatsache, daß der Prinz im Peking Exil lebt und weiterhin als legitimer Repräsentant des kambodschanischen Volkes gilt, mögen "vietnamesische" Gründe ein nicht unwesentliches Element der chinesischen Haltung darstellen. Durch eine Alleinherrschaft der Roten Khmer könnte der Einfluß Nordvietnams zu stark werden. Die Erfolge der Roten Khmer beruhen nicht unwesentlich auf der massiven Unterstützung Hanois und der Anwesenheit nordvietnamesischer Einheiten (8). Je länger der Krieg andauert, desto dominierender wird die Rolle der Roten Khmer und desto schwächer die Kräfte um Sihanouk. Die Hauptursache für das Fortdauern sieht China in der amerikanischen Militärhilfe, die sich allein 1973 auf über 500 Mio US-Dollar belief und den kambodschanischen Regierungstruppen das Überleben überhaupt erst ermöglichte.

Zieht man eine Bilanz der "gemeinsamen Interessen" Amerikas und Chinas "im Pazifik", so hat sich diese Interessengemeinschaft nur sehr unvollständig herauskristallisiert. Auch die Interessenparallelität in der Welt muß aus chinesischer Sicht hinter den Erwartungen zurückgeblieben sein. Auf einen Nenner gebracht, kann man sie als die antisowjetische Komponente in der Außenpolitik beider Länder reduzieren. China mag sich von der Annäherung an die USA eine gleichzeitige "Entfernung" Amerikas von der Sowjetunion erhofft haben, zumindest jedoch eine verstärkte Möglichkeit, den chinesischen Standpunkt in der Welt gegenüber der Sowjetunion besser durchsetzen zu können. Aufgrund ihrer antisowjetischen Haltung war die Volksrepublik nicht nur bereit, die andauernde militärische Präsenz der USA in Asien und Europa expressis verbis zu tolerieren, eine Stärkung der NATO und der EG zu befürworten. Sie beschwor seither auch zunehmend den globalen Hegemonialkonflikt zwischen den beiden "Supermächten" propagandistisch herbei, um die eigene Politik als eine

sinnvolle weltpolitische Alternative darzustellen. Die Hoffnungen einer sowjetisch-amerikanischen Vereinigung wurden nicht nur durch die flexible Außenpolitik Nixons und Kissingers zunichte gemacht. Der gesamte Entspannungsablauf in Europa und der Komplex der KSZE liefen den chinesischen Erwartungen so diametral entgegen, daß Chou En-lai während des X. Parteitages im August 1973 — offensichtlich unter dem Druck innerer Gegner der chinesischen Amerikaannäherung — erstmals den Westen davor warnte, seine Interessen auf Kosten einer chinesisch-sowjetischen Konfliktverschärfung wahren zu wollen. Noch ernüchternder muß der Ablauf des Nahostkonfliktes aus chinesischer Sicht gewesen sein. Während der Debatte des Weltsicherheitsrates im Oktober 1973 hatte der chinesische Vertreter Chiao Kuan-hua noch erklärt, die arabischen Länder hätten die volle Unterstützung Chinas und es würde ein Diktat der beiden Supermächte nicht dulden (9). Nur kurze Zeit später bezogen beide Mächte eine gemeinsame Position, die der chinesischen zuwiderlief. Sie einigten sich mit den wichtigsten arabischen Ländern und ermöglichten die Einleitung einer ersten Normalisierungsphase. Die Enttäuschung innerhalb der chinesischen Führung mag jener nicht unähnlich gewesen sein, die auch Frankreich unter de Gaulle erfahren mußte, als sich das Land als eine dritte Kraft aufzubauen versuchte und in Krisensituationen durch das direkte Zusammenspiel der beiden Supermächte abgedrängt wurde.

Berücksichtigt man alle diese allgemeinen Erwägungen des chinesisch-amerikanischen Verhältnisses seit 1971-72, so gewinnt der Jackson-Besuch möglicherweise eine Bedeutung, die über das jetzt übliche Maß hinausgeht. Es soll nur daran erinnert werden, daß die chinesische Öffnung gegenüber den USA im Innern keineswegs unangefochten war. Zwar war die Politik vom Vorsitzenden Mao Tse-tung persönlich sanktioniert worden. Die tatsächliche Ausgestaltung aber unterlag der Autorität Chou En-lais und seiner Mitarbeiter in der chinesischen Partei und im Staatsapparat. Wie stark der Widerstand gegen die neue Politik war, zeigte u.a. der Fall Lin Piao und anfolgende Kampagnen. Nach dem Sturz Lin Piaos war die Position der "proamerikanischen" Kräfte nicht nur außenpolitisch so stark, daß selbst die Mao-Gattin Chiang Ch'ing einen gemeinsamen Opernbesuch mit Präsidenten Nixon für angeraten hielt. Spätestens seit Mitte 1973 hat sich das innere Kräfteverhältnis jedoch verschoben. Es erscheint nicht unwahrscheinlich, daß diejenigen Führer in der Partei, die die Anti-Lin-Anti-Konfuzius-Kampagne zu einer neuen Kulturrevolution ausdehnen möchten, auch die "Enttäuschung" in der Außenpolitik gegen die Repräsentanten dieser Politik mobilisieren möchten. Zumindest fällt die Abwesenheit der als radikal eingestuften Führer bei westlich-ausländischen Besuchen in Peking auf. Besonders augenscheinlich war dieser Sachverhalt im Falle Henry Jacksons,

dessen Kontakte sich auf die Vertreter der "Öffnungslinie" wie Teng Hsiao-p'ing, Chiao Kuan-hua und Chou En-lai beschränkten. Die Tatsache, daß die Volkszeitung am 6. Juli, dem Tage nach dem Zusammentreffen Jacksons und Chous, auf der Frontseite einen Artikel mit einer Photographie aus dem Krankenhaus veröffentlichte, die Chou zwischen dem amerikanischen Senator und dessen Gattin zeigt, mag nicht nur durch bloßen Zufall mit der Verschärfung der Anti-Lin-Anti-Konfuzius-Bewegung und dem Anschwellen der neuen Wandzeitungskampagne zusammenhängen.



Einerseits läßt es sich nicht ausschließen, daß von inneren Gegnern lancierte Meldungen über den schlechten Gesundheitszustand Chou En-lais in der politischen Öffentlichkeit kursierten, um die Position Chous zu diskreditieren. Es sei daran erinnert, daß die Gegner Mao Tse-tungs zu Beginn der Kulturrevolution die gleiche Methode verwandten. Damals konterte Mao durch ein Photo, das ihn beim Schwimmen auf dem Yangtsekiang zeigte. Möglicherweise wollte Chou durch die Veröffentlichung vom 6. Juli seine Wiedergenesung demonstrieren, zumal Jackson hervorhob, der Ministerpräsident sei auf dem Wege der Genesung.

Ein zweiter Grund für die optische Hervorhebung des Jackson-Besuchs mag darin zu suchen sein, daß die Richtigkeit der ursprünglichen Argumente einer "proamerikanischen" Politik erneut betont werden sollte. Jacksons scharfe Kritik an der amerikanischen Sowjetpolitik, seine akzentuiert pro-chinesische Haltung im Kräfterdreieck der Mächte, seine Betonung gemeinsamer Interessen in Asien, seine Ansichten über Handelsvergünstigungen und schließlich seine Forderung nach der Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zur VR China zum Nachteil Taiwans müssen den Vorstellungen Chinas entsprechen. Jackson dient gleichsam als personifizierter Beweis dafür, daß die chinesische Amerika-Rechnung keineswegs endgültig falsch war und daß die Argumente für eine begrenzte Öffnung nach wie vor richtig sein können. Diese Tatsache gilt umso mehr, als die Regierung Nixon zu Ende gegangen ist und eine Präsidentschaft Jacksons ab 1976 durchaus im Bereich des Möglichen liegt.

- 1) O.Weggel: Zum neuen Verhältnis China-Japan, C.a.73/9, S.16-20.
- 2) O.Weggel: Japans Balanceakt zwischen China und der Sowjetunion, C.a.73/11, S.711-717.
- 3) O.Weggel: Zur Lage im Indischen Ozean, C.a.74/5, S.240-248.
- 4) FEER, 13.5.1974, S.30.

- 5) Ebda.
- 6) Ebda.
- 7) Yu-Hsi Nieh, Stagnation der Annäherung zwischen Peking und Washington, C.a.74/6, S.328-331.
- 8) O.Weggel: Strategisch Freunde, taktisch Feinde (China und Kambodscha), C.a.73/4, S.125-152.
- 9) FEER, 13.5.1974, S. 30.